

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

204 (29.7.1920) Literatur-Beilage zum Karlsruher Tagblatt

Arbeiter die Gewißheit haben, daß sie nicht privatrechtlich Interessen dienen. Sie schließen mit einer Begrüßungsrede an den Volkswissenschaftler.

Abg. Bergt (D. N.) wendet sich gegen die Verwahrung des Reichszanlers wegen des Vorwurfs der Verletzung der nationalen Würde und der Ermangelung der erforderlichen Festigkeit. Auch seine Partei sei sich des ganzen Ernstes der Situation bewußt gewesen; aber die Delegation sei gewissermaßen losgerissen nach Spaa gegangen und habe sich rasch abgekühlt. Man sei eben nur unter dem Eindruck der Bajonettkammerhandelt. Aber warum sei man auf diese Weise des Einmarsches nicht vorbereitet gewesen? Wenigstens die Minister aus dem alten Kabinett müßten es wissen. (Proteste und großer Lärm.) Aber wurde nicht unterzeichnet, so lag im Falle des Einmarsches ein Rechtsbruch vor, der uns in den Augen der Welt zugute gekommen wäre. Jedenfalls sei die Unterzeichnung eine nationale Tat gewesen, und nur eine solche werde in Folge wieder die erforderliche Begeisterung wecken können. Von einem Mißtrauen gegen die Regierung könne keine Rede sein, denn nach außen hin müßten die Deutschen eine Einigkeit zeigen, die Hoffnungslosigkeit des Reichszanlers könne er und seine Partei nicht teilen. Genügend die Lösung der Diktatorien ständen noch bevor, daher müßten wir der Regierung heute den Rücken bedenken.

Abg. Dr. Heinze: Unsere Aufgabe ist es gewesen, den Einmarsch zu verhindern. Unter Volk liegt schwer darnieder. Dieses Volk dem nationalen Widerstand aufzurufen, hätte die Regierung nicht verantworten können und wird es auch in Zukunft nicht tun.

Minister Dr. Simons: Der Abg. Bergt hat uns nicht den Rücken bedeckt, er ist uns in den Rücken gefallen. Wir haben die Verschlechterung der Friedensbedingungen nicht angenommen, sondern wir haben dagegen angeknüpft. Gegenüber den Abgeordneten Stresemann und Müller-Stanck stellt der Minister keine Ausführungen über den Volkswissenschaftler richtig. Auch aus der Rede würden neue Palme aufspritzen. Gegenüber der Entente stehe ich auf dem Standpunkt: wir müssen uns bemühen, den Forderungen nachzukommen. Nunmehr gegenüber müssen wir die Verhältnisse nehmen, wie sie sind.

Abg. v. Schöb (D.B.) spricht seine Freude über die versöhnungsmäßige Haltung der japanischen Regierung in der gesamten Frage aus. Wenn England und Italien dem Beispiel Frankreichs folgten, so würde er sich freuen, wenn die Gesandten die Münchener Konferenzen und das Hofbräuhaus besuchen (Heiterkeit); sollten sie sich aber in die Politik mischen, so sei er überzeugt, daß der gesunde bayerische Menschenverstand ihnen bald begründlich machen werde, sie seien nur lästige Ausländer.

Der Antrag der Deutschnationalen, der der Regierung das Bedauern über ihre Unterzeichnung ausspricht, wird abgelehnt. Der Antrag der Mehrheitsparteien, der die Gründe der Regierung zu ihrem Verhalten in Spaa billigt, wird gegen die Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen.

Küßner haben die Unabhängigen einen Antrag auf sofortige Sozialisierung der Kohlenbetriebe eingebracht.

Minister Dr. Simons findet den Antrag, so unpassend er der Regierung sei, zuerst für unannehmbar, da er in die Abmachungen der Entente störend eingreifen könne.

Abg. Ledebour (U. S.) meint, das sei nicht zu befürchten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Interpellation der Mehrheit wegen Abtretung des Weichselufer-Streifens.

Abg. Fleischer (Str.) begründet die Interpellation und erklärt, nach den ihm zuteil gewordenen Informationen aus Paris habe die Entente die in Frage kommenden fünf Dörfer bereits den Polen zugesprochen. (Allgemeiner Protest.) Das sei eine Verletzung der Verträge und ein Grund, die Revision des gesamten Friedensvertrages zu verlangen. Diktaturen sei der Zutritt zur Weichsel im Friedensvertrage angeführt. Hier werde eine Kette unaufhörlicher Konflikte geschaffen. Er erwartet scharfen Protest in Paris. Die Entente dürfe ihren eigenen Frieden nicht sabotieren. (Bravo! auch von den Tribünen.)

Minister Dr. Simons: Es gibt nur eine Lösung, nämlich die Zuteilung des gesamten Gebietes an das Deutsche Reich. Trotzdem hat der Oberste Rat die 50-Kilometer-Zone und die fünf Dörfer als einen gewissen Brückenkopf den Polen zugesprochen. Der Beschluß verstoße gegen das Völkerrecht. Das auswärtige Amt solle alles nur Mögliche getan, um die Verwaltungsverhältnisse hinauszuhalten. Er erhebe schon jetzt Protest gegen diese Verletzung des Völkerrechtes. Im übrigen werde die Behandlung der Polen auf unserem Gebiet genau der entsprechen, welche unsere Landesleute auf polnischem Gebiet erfahren würden.

Abg. Schulze-Dromberg (D.N.) bedauert, daß man erst in so später Stunde zum erforderlichen Protest gegen diese neue Verwaltungsverhältnisse weg von der Weichsel! müßte die Lösung sein. Die Regierung müsse hier eingreifen und der Entente klar machen: Hier gibt es kein Diktum.

Abg. Pohlmann (Dem.) gibt ebenfalls ein Referat über die Weichselufer-Streitigkeit. Er bedauert, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht gewahrt werden solle, und bittet, das hohe Haus in diesem Falle wenigstens Einmütigkeit befunde.

Abg. Everling (D.B.) erwartet, daß jeder Deutsche für den deutschen Osten eintritt. Es gebe ein altes Naturgesetz, das lautet: „Arret dich nicht, Gott läßt sich nicht spotten.“

Abg. Ledebour (U.S.) schließt sich dem Protest nicht an. Ein Protest sei freilich nötig, aber eigentlich nicht, denn die Kapziffen, die Nährboden des Unfriedens im Osten, ernteten jetzt, was sie früher gesät hätten.

Abg. Schulze-Westphalen (Soz.) hofft, daß die Nachricht aus Paris nicht bewahrheitet werde. Sollte sie aber wahr sein, so wäre das einfach ungeheuerlich. Damit wird die Besprechung der Interpellation geschlossen.

Morgen nachmittags 1 Uhr: Zweite Beratung des Entwurfs über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und zweite Lesung des Reichsgesetzes. Schluß 10 Uhr abends.

Das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 28. Juli. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag solle beschließen: Der Reichstag spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Vertreter der Reichsregierung entgegen den von ihnen vor ihrer Abreise gegebenen Zusicherungen in Spaa ihre Unterzeichnung unter Abmachungen geleistet haben, die unannehmbar sind und an deren Durchführbarkeit sie nach ihren Erklärungen starke Zweifel hegen, daß sie ferner ihre Unterzeichnung zu Abmachungen gegeben haben, die eine weitere Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung durch fremde Kommissionen und Kontrollen zur Folge haben.“

Demgegenüber haben die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen von Spaa unterzeichnet hat und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie alles, was in ihren Kräften steht, rücksichtslos tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.“

Der Kohlenwucher von Spaa.

Unter dieser Ueberschrift nimmt die bekannte, in Bern erscheinende Zeitung „Der Bund“ zu dem Ergebnis der Verhandlungen in Spaa folgende merkwürdige Stellung: „Drei Fragen sind in Spaa erledigt worden. Erstens bis zu ihrem demnächstigen Wiederauftreten. Die erste, die der Entlassung und der Entlassung von Deutschlands Sicherheitswehr, kann innerhalb der nächsten Monate schon eine Wendung erfahren, wenn die Entente vielleicht in die Lage geriete, Deutschland darum anzufragen, sich gegen den von Dänen wie eine Lavaflut herüberquellenden Volkswissenschaftler zu stemmen. Dann werden die Westmächte ein Interesse haben, erhöhte deutsche Truppenkontingente zu beschaffen und ihnen genügende Bewaffnung zukommen zu lassen. Zweitens die Bestrafung der Schuldigen. Diese Frage bewegte sich in Beratungen der Sachverständigen; blieb bei ihrer grundsätzlichen Festlegung Einseitigkeit, wonach Straferfahrungen nur gegen die Partei der Verlierer vorgenommen werden, während Anschuldiungen gegen die Siegerseite nach wie vor keine Instanzen finden. Technisch wurde dagegen über die juristische Seite des Verfahrens Erprobliches erreicht. Die wirkliche Entscheidung bleibt freilich der Geschichte vorbehalten. Drittens wurde ein neues Kohlenabkommen den Deutschen aufzuzunehmen. Dieses bildet den eigentlichen Kern, aus dem sich die folgenden schwersten Teil der Spaer Abmachungen. Auch hier nur die Erledigung eines Punktes der Tagesordnung, aber keine Lösung eines brennenden Problems.“

Um eine solche vorzunehmen, fehlte es an der Einsicht; das Problem als solches war gar nicht erfaßt worden! Nur von enger diplomatischer Tagesaktualität aus fand die Angelegenheit ihre Behandlung. Am folgenschwersten ist die rein mechanische Behandlung des Problems, die sich in blohem Feilschen um nackte Zahlen erregt. Man hatte sich nicht zu der organischen Auffassung aufschwingen können. Eine solche hätte es nahegelegt, die Kohlenverteilung nach Raten der deutschen Gesamtproduktion vorzunehmen. Dadurch wäre Deutschland selbst unmittelbar und am härtesten an der größtmöglichen Steigerung der Erzeugung interessiert gewesen. Eine volle Solidarität wäre geschaffen worden, zu der alle um die Wiederaufrichtung Kontinentaleuropas ringenden Staaten zusammengeklammert gewesen wären. Das deutsche Volk hätte in jeder Tonne Mehrförderung an Kohle eine Prämie für den eigenen Fleiß gesehen, dessen Früchte wiederum auch avoial den Kontrahenten zugute gekommen wären — eine wirkliche organische Zusammenfassung aller Völker.

Statt dessen ging die Entente in Spaa darauf aus, sich eine feste Menge vorweg zu sichern, unbekümmert darum, ob die Deutschen sie auf die Dauer überhaupt beschaffen könnten oder ob darüber die deutschen Gewerbe selber dem Untergang gemeldet würden. Man schloß mit einer hochgepumpten Biffer. Solche Bindungen können natürlich keine gefundenen Verhältnisse erzeugen. Schlimmer noch ist folgendes: Die gefundene „Lösung“ bedeutet die Schwärzung einer Würgeschlinge um Deutschlands Hals, ein richtiges Wucherntum. Und zwar sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Sinne. Griff man schon, halt einem organischen Zusammenwirken die Wege zu öffnen, zu dem plumpen Mittel, unanschaulich festgelegte Mengen beizutreiben, so hätte man doch das nach menschlicher Voraussicht Mögliche als Grenze setzen sollen. Man verlangt nun aber Leistungen, die die deutsche Wirtschaft nur um den Preis ihrer völligen Lähmung, vielleicht überhaupt niemals, aufbringen kann. Abermals der Widerstand; man hemmt durch übermäßige Beanspruchung einer einseitigen Leistung die Verlesung des Gesamtorganismus der Leistungen. Dr. Mühlings schreibt dazu im „20. Jahrhundert“ folgendes: „Deutschland erbat wenigstens die Anrechnung — wohl gemerkt nicht Verzählung! — der gelieferten Kohlenstücke zum Weltmarktpreis auf die forrende Wiedergutmachungsschuld. Bisher stand dieser teilweise dreimal so hoch wie der Inlandpreis. Diese Bitte wurde abgelehnt. Inzwischen wurde schließlich, daß der Inlandpreis als Abtragung der Reparationschuld in Anrechnung komme — also daß die Deutschen davon keinen roten Pfennig wirklich sehen — die Differenz aber zwischen diesem und dem wirklichen Wert, d. h. dem Weltmarktpreis, als Anleihe gewährt werde; die Differenz wird nur vorgeschossen und getundet, muß jedoch wieder bei Heller und Pennig heranzugeshafft werden. Es ist demnach bei der Bewährung geschlehen, nur mit dem Unterschied, daß den Deutschen die Früchte des Flei-

ßes ihrer eigenen Hände wieder gegen Zinsen als neue Schuldbelastung angefreit werden.

Zugestanden wurde ferner die Zahlung von fünf Goldmark die Tonne gegen das Recht, nach freier Wahl die Arten der bezogenen Kohlen zu bestimmen. Das ist ein Danaergeschenk sehr gefährlicher Art. Denn die qualitative Verteilung gibt den Schlüssel der gesamten deutschen Industrie demjenigen in die Hand, der darüber verfügt. Es ist gleichsam ein Schaltbrett, an dem Knöpfe und Hebel das ganze Erwerbsleben regulieren. Hier hat Deutschland um ein Riesenstück sein industrielles Erbgut veräußert, verkaufen müssen. Ganzem Gewerbe könnte nunmehr willkürlich das Bett abgegraben werden, z. B. der Textilarbeiterindustrie durch Entzug der bituminösen Kohlen usw. Eine fürchterliche Waffe in der Hand eines abelwollenden und böswilligen Kontrahenten!

Deutsches Reich.

Dr. Simons und seine neuen Freunde.

Das Münchener Kommunistenblatt „Der Kampf“ will sehen, ob der Außenminister Dr. Simons ein Luder ist und sagt wie Frundsberg zu diesem auf dem Reichstag zu Worms: „Müchstein, Müchstein! Du gehst einen schweren Gang!“ Das Wort wartet auch Dr. Simons vor der Nordliste. — Gott möge ihn vor seinen neuesten Freunden!

Kautsky über die Sozialisierung.

Kautsky schreibt in der Wiener „Arbeiterzeitung“: „Der fürchterliche Krieg mit den unheimlichen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Ihn wieder in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen. Darüber ist sich jeder klar, der Verständnis für ökonomische Dinge hat. Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst: sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch der stärkste sozialistische Wille nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser dran, als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert.“ Eine schärfere Beurteilung des Sozialisierungsgebots kann es nicht geben!

Bayerens Fehlbetrag.

Nach einer Meldung unseres Münchener K.A.-Mitarbeiters hat Bayern im außerordentlichen Staatsvoranschlag einen ungedeckten Fehlbetrag von einer halben Milliarde.

Zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche und zur Abhilfe der Schäden forderte die bayerische Regierung vom Landtag 30 Millionen Mark. Der Seuchenschaden beträgt jetzt schon 47 Millionen Mark. Der Ausschuß des Landtags hat die Forderung des sozialen Ministers auf 60 Millionen für Wohnungsbauarbeiten abgelehnt und lediglich 20 Millionen Zuschuß dafür bewilligt.

Die Grenzbestimmungen für Bayern werden demnächst geändert. Die in norddeutschen Städten sogar durch Plakate verbreitete Mitteilung, der Fremdenverkehr in Bayern sei ganz gelehrt, ist höchst gefährlich.

Strafverfahren gegen Eisenberger.

In der gestrigen Sitzung des bayerischen Landtags wurde der Antrag der Justizverwaltung auf Genehmigung der Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger wegen Hochverrats von sämtlichen bürgerlichen Parteien angenommen.

Nach Wiesbaden zurück.

Die Oberlandesjustizverwaltung in Leipzig teilt mit, daß der Untersuchungsrichter des Richtersport Dr. Doretens nach Wiesbaden angeordnet habe.

Wie übrigens die „Kölnische Volkszeitung“ erzählt, sind der Regierungspräsident und der stellvertretende Polizeipräsident von Wiesbaden aus Anlaß der Dr. Doretens-Angelegenheit von der französischen Behörde vorläufig ihres Amtes entbunden worden.

Eine Amnestie für die am Kapp-Putsch und an der Kapp-Bewegung im Ruhrgebiet beteiligten Personen.

Soweit sie nur politischer Vergehen beschuldigt sind, bietet, wie die Berliner Wäcker hören, den Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Reichstagsparteien. In parlamentarischen Kreisen wird Wert darauf gelegt, wenn möglich das Amnestiegesetz noch im laufenden Tagesabschnitt fertigzustellen.

Die Ueberfüllung der technischen Berufe.

Vom Bunde der technischen Angestellten und Beamten werden wir im Aufsatze nachstehender Einsendung ersucht:

Um die ganze Kraft einer Persönlichkeit in einem Berufe zur vollen Entfaltung zu bringen, müssen Einigung und Neigung eine harmonische Einheit bilden. Unsere Zeit bedarf solcher qualifizierter Menschen mehr als je; und wenn man unser Jahrhundert das technische nennt, müssen in erster Linie die technischen Berufszustände aus solchen Menschen bestehen, die mit der höchsten Befähigung eine große Liebe zum Beruf verbinden. Nur dann wird es gelingen, die Aufgabe der gesellschaftlichen bis ins kleinste geregelt, die Gütererzeugung zu erfüllen. Für den Lehrberuf ist technische Arbeit seitenden Berufszustand wird diesen aus der Not der Zeit herausgehoben durch eine wohl ausgedachte Berufsausbildung der Gelehrten bereits Rechnung getragen, der geistige technische Nachwuchs aber kann auch heute noch wahr- und hemmungslos dem Beruf zufließen. Noch immer werden sich Tausende und aber Tausende dem technischen Berufe zu, ohne zu wissen, daß gerade hier mathematische und geistige Befähigung mit einem ausgeprägten Fortschrittsvermögen unerlässliche Voraussetzungen sind, abgesehen von dem Pflichtbewußtsein der Arbeit und der damit übernommenen sozialen Verantwortung. Noch immer fehlt weiten Kreisen die Erkenntnis, daß man nicht Techniker, Ingenieur, Architekt oder Chemiker wird, wenn man auf den sogenannten „höheren“ Berufen nicht geeignet ist, sondern nur, wenn man eine ausgeprägte natürliche Veranlagung zum Techniker besitzt. Unsere Schulen sind nicht nur augenblicklich, sondern schon für die nächsten Semester „ausverkauft“. Der Bedarf an technischen Kräften ist für Jahre gedeckt. Wir wissen nicht, was Industrie und Baugewerbe mit dem Ueberangebot an Technikern beginnen sollen. Wenn man bedenkt, daß unsere Technischen Hochschulen ausreicht von rund 30 000 Studierenden gegenüber 12 000 vor dem Kriege befand sich, wenn man die Ueberfüllung der Technischen Mittelschulen betrachtet, muß man eine Verlesung des gesamten Technikerstandes befürchten, der keinerlei Tarifpolitik gewachsen wäre. Mangelhafte Ausbildung, Stellenlosigkeit, Unterbezahlung, Auswanderung und letzten Endes Unzufriedenheit und Unwillig werden die Folge dieser volkswirtschaftlichen Kraftverengung sein.

Die Ueberfüllung der technischen Berufe ist somit eine soziale Gefahr; und es ist höchste Zeit, daß die breite Öffentlichkeit, vor allem die Eltern und Schüler selbst, die augenblicklichen Verhältnisse klar erkennen und daß alle Berufsberatungsstellen mit allem Nachdruck vor

Ergraffung des technischen Berufes warnen. Nur die wahrhaft Begabten und Geeigneten dürfen sich von jetzt ab diesem Berufe widmen, denn nur sie allein werden imstande sein, den Gefahren der Ueberfüllung standhalten, nur sie allein werden der großen Aufgabe, Mithelfer am Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu werden, gewachsen sein.

Letzte Nachrichten.

Bayern und das Abkommen von Spaa.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondent.) München, 28. Juli. Der bayerische Handelsminister Hamm ist nach Berlin gereist, um mit allem Nachdruck zu verlangen, daß Bayern an den Beratungen über die wirtschaftlichen Folgen des Abkommens von Spaa mit herangezogen wird. Bayern will in der Kostenvorversorgung nicht schlechter behandelt werden, als es bisher schon war; sonst ist kein wirtschaftlicher Zusammenbruch sicher; auch die politischen Folgen wären unabsehbar.

Protest der oberehelfässigen Kalibergarbeiter.

(Eigener Drahtbericht.) e. Basel, 28. Juli. Die „Basler Nachrichten“ melden aus Mülhausen (Elsaß): In einer Versammlung der oberehelfässigen Kalibergarbeiter wurde am Sonntag eine Entschließung angenommen, in der Protest erhoben wurde gegen die Absicht der französischen Regierung, die Kalibergwerke in den Besitz des Staates zu überführen und sie dann auf die Dauer von 99 Jahren an eine private Gesellschaft zu verpachten. Es wurde die Nationalisierung der Kaligruben durch Staat, Bezirk und Gemeinde verlangt. Dabei sollen im Ausschussrat auch die Arbeiter und die Angestellten sowie die Landwirtschaft vertreten sein. Als Protest gegen die geplante Ueberlassung der ehelfässigen Bodenschätze an das Privatkapital wurde ein 24 stündiger Proteststreik erklärt und der Verbandsvorsitzende zur Verhängung eines Ausstandes von unbegrenzter Dauer ermächtigt, falls der Plan der französischen Regierung verwirklicht werden sollte.

Das Gewerkschaftskartell von Mülhausen hat sich am Montag mit den Kalibergarbeitern solidarisch erklärt und sich grundsätzlich für einen allgemeinen oberehelfässigen Generalstreik ausgesprochen für den Fall, daß insolge des Streiks die Kalibergwerke militärisch besetzt werden sollten.

Streik der Wiener Elektrizitäts- und Gasarbeiter.

(Eigener Drahtbericht.) w. Wien, 28. Juli. Trotz der gestern abend erzielten Einigung zur Beilegung der Lohnbewegung sind heute doch die Arbeiter des Elektrizitätswerkes und des Gaswerkes in Simmering in den Ausstand getreten. Der Straßenbahnverkehr wurde plötzlich eingestellt. Verhandlungen sind im Gange.

w. Mainz, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Transportarbeiter sind heute wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten.

f. Elberfeld, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der oberste Leiter der Kölner Oper, Clempner, wurde auf Januar 1921 zur Leitung von 12 Opernvorstellungen an das Theater Liceo nach Barcelona verpflichtet. Zur Aufführung gelangen voraussichtlich: „Arlin und Fiolde“, „Tannhäuser“ und „Bidelio“. Die letztere Oper ist seit 15 Jahren in Spanien nicht mehr aufgeführt worden.

Strasbourg, 28. Juli. Am Sonntag tagte hier zum ersten Male die Kommission für die Rheinbeziehungen zwischen Antwerpen und Strasbourg. An ihr nahmen Vertreter der belgischen und französischen Regierung, sowie ein Vertreter der Strasbourg Handelskammer und außerdem die Direktoren der Häfen Strasbourg und Kehl teil. Die Verhandlung wählte zu ihrem belgischen Sekretär den belgischen Konsul in Strasbourg, Creon, und als französischen Sekretär Auberger, den Leiter der Ausbaurbeiten in den Häfen von Strasbourg und Kehl. Die nächste Sitzung wurde auf die zweite Hälfte des September in Kehl-Strasbourg festgelegt.

e. Paris, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Kammer hat mit 303 gegen 240 Stimmen die Amnestie für die Seeküsten, die 1919 im Schwarzen Meer gemuntert haben, abgelehnt.

Mailand, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Insel Lucon wurde während 10 Tagen von Wirbelstürmen und Wolkensbrühen heimgesucht. Tausende von Personen sind obdachlos. Mehrere Menschen sind umgekommen.

Änderung der Eisenbahnpflichtkarte für Erprobung.

Die Eisenbahnpflichtkarte für Erprobungsendungen wird ab 1. August dreiteilig hergestellt, besteht also aus der bisherigen Abrehtarke, dem Abschnitt für den Empfänger und der neuen Stammtarte.

Am den Aufbrauch des alten Vordrucks zu ermöglichen, ist der neue Abschnitt auch besonders erhältlich und muß dann zusammen mit der jetzigen Karte bei der Auslieferung übergeben werden.

Die neuen Abschnitte zur Ergänzung der noch vorhandenen Eisenbahnpflichtkarten können von uns bezogen werden.

G. F. Müllerische Hofbuchhandlung n. d. S. Karlsruhe (Baden).

